

Wilsdruffer Tageblatt

Sprechsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteinst. täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Einschickung monatlich 3 M., durch unsere Auslieferung zugewogen in der Stadt monatlich 5.50 M., auf dem Lande 5.65 M., durch die Post bezogen vierwöchentlich 17.25 M. mit Zustellungsgeld. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Auslieferung und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.



Erscheint seit dem Jahre 1841

Insertionspreis 1.50 M. für die 6 gefalteten Korpuszeile oder deren Raum, Kleinanzeigen, die 2 spaltige Korpuszeile 3.50 M. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechender Preisabzug. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 gefaltete Korpuszeile 4.50 M. Nachweisungs-Geld 20 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Nichtbeachtung der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Haftung. Jeder Nachdruck wird bestraft, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Klause steht.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 232.

Dienstag den 4. Oktober 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Grumbach.

Dienstag den 4. Oktober 1921 abends 6 Uhr

Öffentliche Gemeinderatsitzung im Gasthof.

Tagesordnung an der Bekanntmachungstafel.
Grumbach, am 3. Oktober 1921.

Der Gemeindevorstand.

Kleine Anzeigen.

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverzweigten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die am 15. November fällige Reparationszahlung an die Entente ist nach amtlicher Mitteilung gesichert.

* Es wird die Nachricht verbreitet, daß das Defizit der Reichspost auf 5 1/2 Milliarden Mark angewachsen sei. Diese Behauptung ist nach einer Auskunft des Reichspostministeriums unzutreffend.

* Der bekannte amerikanische Rechtsverständige David Hunter Miller weist in einem Rechtsgutachten nach, daß Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland bleiben müsse.

* Aus Riga kommt die Bestätigung, daß die russischen Sowjettruppen Nadiwoostok besetzt haben.

* Wenn keine unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten, wird der amerikanische Senat die Friedensverträge mit Deutschland, Österreich und Ungarn am 17. Oktober ratifizieren.

* Das Staatsamt der Vereinigten Staaten von Amerika meldet, daß die Zahl der Arbeitslosen augenblicklich vier Millionen beträgt.

Dringende Aufgaben.

Auf alles andere war die deutsche Öffentlichkeit gewöhnt, als darauf, daß bei der seit Wochen mit Spannung erwarteten großen allgemeinen Aussprache über die innerpolitische Lage im Reichstage der Kanzler eine neue Aufgabe, die er sich gestellt hat, eine „Frage von gigantischem Ausmaß“ der Volkserörterung anständigen werde. Um so überraschter horchte man auf, als mitten in seinen Auseinandersetzungen mit der Reden schließlich die Erklärung kam, daß nach seiner Überzeugung die Stunde gekommen sei, wo wir eine große Aktion der Hilfe, der Rettung vor dem Untergang unternehmen müßten für diejenigen, die nicht mehr an der erzeugenden Arbeit stehen, die nur über ein bescheidenes Einkommen auf Grund ihrer Lebensarbeit verfügen, sei es, indem es aus Kapital oder aus Renten fließe. Diese Aktion sei dringlich und müsse in kurzen, wenn der Reichstag wieder zusammentritt, ihn beschäftigen. Er wisse, sagte Dr. Brüning hinzu, daß er damit die Ausgabe von Milliarden ankündigt, aber sie müßten gebracht werden trotz allem, was uns sonst bräde, um in diesem Winter unser Vaterland vor den schwersten Schädigungen sozialer Art zu bewahren. Es müsse erzwungen werden, wie bei all den raschen, wucherischen Preissteigerungen von heute auf morgen sollte Schichten unseres Volkes vor Not bewahrt werden könnten.

Mit dieser Ansage hat der Reichskanzler eine unmittelbare Gegenwartsaufgabe berührt, von der verhältnismäßig wenig in der Öffentlichkeit geredet wird, obwohl sie vielleicht ungleich dringlicher ist als viele Dinge, um die der politische Lärm unserer Tage sich zumeist bewegt. Weit schon ist gegenüber den unausgeglichen Kämpfen um weitere Steigerungen der Löhne die Frage aufgeworfen worden, ob wirklich alle Lohnempfänger noch denjenigen Teil des Volkes darstellen, der am schwersten um sein Dasein zu kämpfen habe. Die Einnahmen der sogenannten kleinen Rentner dagegen bewegen sich seit Jahr und Tag schon fortlaufend in rückwärtiger Richtung. Nicht nur, daß der Staat gezwungen war, auch von ihnen mehr oder weniger erhebliche Steuer- und Abgabenbeiträge abzufordern, auch was ihnen an Einkünften verblieb, verlor von Tag zu Tag bei der fortschreitenden Entwertung des Geldes mehr und mehr die Fähigkeit, ihnen auch nur die Aufrechterhaltung der bescheidensten Lebenshaltung zu ermöglichen. Die Not hat auch diese Kreise zu lokalen und zentralen Organisationen zusammengeschlossen, und langsam ist es ihnen gelungen, sich das Ohr der Öffentlichkeit zu erkämpfen. An wohlwollenden Anträgen und Anregungen aller Art in den parlamentarischen Körperschaften des Reiches, der Länder und der Gemeinden hat es nicht gefehlt. Wie weit aber der Weg ist, von Worten zu Taten, namentlich wenn damit finanzielle Leistungen von erheblichem Umfange verbunden sind, davon weiß man in Deutschland schon ein Liedchen zu singen. Die kleinen Rentner haben keine politischen Druckmittel zur Verfügung, mit Streik können sie nicht drohen. Um so dankbarer werden sie es begrüßen, daß nun endlich eine umfassende Aktion für sie in verbindlicher Form angekündigt wird. Daß die Reichsregierung sich zu ihr entschlossen hat, legt gewiß von ihrem warmen Herzen, von ihrem sozialen Verständnis für die Not dieser Mittelstandsklassen Zeugnis ab. Ob sie dabei nebenher auch noch von anderen Gründen geleitet wird, kann demgegenüber keine Rolle spielen. Die Hauptsache ist, daß sich die Erkenntnis der unbedingten Notwendigkeit, hier endlich zu helfen, durchgesetzt hat, und darüber soll man sich freuen

und die Reue dieser Freude nicht durch leidige politische Gegnerschaften trüben.

Überhaupt: Hier ist endlich wieder einmal eine Frage gegeben, in der alle politischen Gegensätze zum Schweigen gebracht werden müssen. Der Gottesfriede, der angesichts der erbarmungswürdigen Lage des kleinen Rentnerlandes geboten ist, sollte von keiner Seite gestört werden.

„Oberschlesien ungeteilt beim Reich“.

Ein amerikanisches Gutachten.

Der bekannte amerikanische Rechtsverständige Herr David Hunter Miller hat ein Rechtsgutachten über die Oberschlesische Frage, die augenblicklich dem Völkerbundsrat vorliegt, erlassen. Herr Miller ist eine Autorität auf dem Gebiete des Völkerrechts. Auf der Pariser Konferenz war er der Rechtsbeistand des Präsidiums Wilson. Herr Miller war in erster Linie mit der Ausarbeitung des ersten Teiles des Friedensvertrages befaßt, der die Völkerbundsbedingungen enthält. Er gilt deshalb als einer der besten Kenner der Gedanken, aus denen heraus der Vertrag geschaffen wurde. Außerdem ist er bei der Ausarbeitung zahlreicher anderer Bestimmungen des Friedensvertrages beteiligt gewesen.

Unter Heranziehung der allgemein anerkannten Prinzipien des Völkerrechts kommt Herr Miller auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages und aus seiner Geschichte zu dem Ergebnis, daß nach dem Resultat der Volksabstimmung Oberschlesien ungeteilt bei dem Deutschen Reich verbleiben muß.

Die Reichsregierung hat das Gutachten des bedeutenden Rechtsgelehrten dem Völkerbundsrat in Genf, sowie den Regierungen der Ententestaaten überreichen lassen. In einem neuen wissenschaftlichen Kartenwerk über die Kreise Pleß und Rybnik weist Professor Dr. Wirth, Leiter des Geographischen Instituts der Universität Breslau, korrespondierendes Mitglied der Geographischen Gesellschaft in Oxford, nach, daß Pleß und Rybnik nach der Art ihrer Besiedlung und ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber der slowakischen und galizischen Nachbarschaft bedeutend günstigere Lebensverhältnisse besitzen. Überall, wo sich Leben und Entwicklung zeige, sei diese Entwicklung deutsch.

Regierungserweiterung nach links?

Eine Anfrage der Sozialdemokraten an die Unabhängigen.

Die Besprechungen der Parteiführer im Reichstage, die eine Umbildung der Reichsregierung und daneben auch der preussischen Regierung auf verbesserter Grundlage zum Ziele haben, nehmen leider einen sehr langsamen und schleppenden Fortgang. Nachdem alle in Betracht kommenden bürgerlichen Parteien sich darüber geeinigt hatten, daß der neue Regierungsbund nur

auf der Basis eines neuen Arbeitsprogramms zustande kommen könne, in welchem der Grundsatz der Schonung der Produktionsmittel bei der Beitragleistung von Industrie, Handel und Landwirtschaft zu den Zahlungslasten des Reiches eine hervorragende Rolle spielt, war es die Aufgabe der Mehrheitssozialdemokraten, zu diesem Programm Stellung zu nehmen. Die Volkspartei verhielt sich nach Bekanntgabe ihrer Anschauungen völlig abwartend, Zentrum und Demokraten bemühten sich eifrig, die neue Koalition zustande zu bringen, auch einige hervorragende sozialistische Führer waren im gleichen Sinne tätig, aber die Mehrzahl der Sozialdemokraten erklärte, daß sie nicht so bald in der Lage sein würden, zu diesem Programm namens der Partei bindend Stellung zu nehmen. Ein neuer Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion besagt darüber:

„Zu einer Gesamtdemission des Kabinetts Wirth ist keine Veranlassung. Es kann sich bei der eventuellen Erweiterung der Regierung vielmehr nur um eine Umbildung des Kabinetts Wirth handeln. Bevor die Umbildung der Regierung vorgenommen wird, muß eine Einigung über den Teil des Regierungsprogramms erzielt sein, der die Stellung der Regierung zur demokratischen-republikanischen Staatsform und zu den zum Schutze der Republik zu ergreifenden Maßnahmen klarlegt. Eine Entscheidung über die eventuelle Umbildung der Regierung kann die Fraktion erst fällen, wenn das gesamte Steuerprogramm vorliegt und aus ihm die Gehaltungen der vorgeschlagenen Beschlüssen sowie der besonderen Leistungen des Besten zu ersehen ist.“

Dieser Beschluß würde zunächst nur einen Aufschub

der Regierungserweiterung bedeuten, den man in parlamentarischen Kreisen dahin beurteilt, daß er etwa drei bis vier Wochen Verzögerung mit sich bringen dürfte. Eine völlig neue Wendung ist jedoch in die ganze Frage dadurch hineingekommen, daß die Sozialdemokraten jetzt auch einen Fühler nach links ausgestreckt haben. Der erwähnte Beschluß sagt in seinem zweiten Teil:

„Die Fraktion beschloß weiter, an den Vorstand der USPD. heranzutreten, um festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen diese evtl. bereit wäre, in die Reichs- und die preussische Regierung einzutreten.“

Im Reichstage haben auch bereits Verhandlungen zwischen den Führern der beiden sozialistischen Parteien über die Möglichkeit einer Kabinettsverweiterung nach links stattgefunden, und die Bedingungen, die von den Unabhängigen genannt wurden, sollen, wie verlautet, sehr milde gewesen sein. Allerdings ist nicht zu erkennen, wie auf dieser Basis eine Regierung zustande kommen soll, da die Sozialisten auch zusammen keine Mehrheit haben, und Zentrum und Demokraten sich bisher einer solchen Lösung gegenüber durchaus ablehnend verhielten.

Reichstagspräsident Loebe

erklärte hierzu, daß in der Sozialdemokratie noch viele Bedenken gegen den beschlossenen Schritt beständen (der bekanntlich mit der ablehnenden Haltung gegen eine Zusammenarbeit mit der Volkspartei brach). Für den Fall, daß eine gemeinsame Grundlage nicht gefunden werden könne, daß sich die Deutsche Volkspartei nicht zu den zum Schutze der Republik zu ergreifenden Maßnahmen entschleße und daß eine Einigung über das Steuerprogramm nicht möglich sei, bestände auch keine Aussicht für eine Regierungskoalition von Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei. Dagegen deutete seiner Ansicht nach verschiedene Strömungen in der Unabhängigen Partei darauf hin, daß die bisherige Ablehnung der Unabhängigen, sich an einer Regierungsbildung zu beteiligen, nicht mehr so einmütig sei, so daß sich vielleicht durch eine positive Mitarbeit der Unabhängigen eine Erweiterung der Regierungsbasis nach links statt nach rechts ergeben könne.

In parlamentarischen Kreisen wird auch die Auffassung laut, daß es sich bei diesem neuen Schritt nur um ein taktisches Zwischenstück handeln könne, da die Unabhängigen, seitdem die Bestrebungen auf Wiedervereinigung beider sozialistischer Parteien anscheinend zum Stillstand gekommen sind, ihrerseits die Mehrheitssozialdemokraten den Weg in die große Koalition sehr erschweren. Jedenfalls aber ist mit einer Lösung dieses ganzen brennenden Problems nicht so bald zu rechnen, wie man vor kurzem noch hoffte.

Deutscher Reichstag.

(187. Sitzung.) CA. Berlin, 1. Oktober.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung des Hauses mit geschäftlichen Mitteilungen. Die Interpellation der Deutschnationalen über den Stand der Balina wird innerhalb der gesprächsmäßigen Frist beantwortet werden.

In der Fortsetzung der politischen Aussprache über die Interpellationen und Anträge zum Schutze der Republik usw. beantragt Abg. Bark (Komm.), den kommunistischen Antrag auf eine allgemeine Amnestie mit der Debatte zu verknüpfen. Der Antrag wird angenommen.

Abg. Marx (Zentr.) appelliert an das ganze Volk, das Trennende zurückzustellen und, nachdem das Volk sich die Weimarer Verfassung zustande gebracht, zu deren Schutz zusammenzutreten. Seine Partei werde jedenfalls gegen alle Angriffe von rechts oder links die Verfassung schützen. Die Deutschnationalen hätten am wenigsten Anlaß, gegen sie Sturm zu laufen, sei es offen, sei es durch Vergiftung der öffentlichen Meinung. Für die Deutschnationalen sei es einigermassen präfer, über Ausnahmegesetze zu klagen, gebe es doch fast kein Ausnahmegesetz, an dem sie nicht beteiligt gewesen wären. Aber die Bestimmungen des Präsidenten seien gar kein Ausnahmegesetz, denn sie richteten sich nur gegen Ausmäße, sie seien ein Notbehelf, dessen der Staat zu seinem Schutze nicht entbehren könne.

Das Zentrum steht geschlossen hinter dem Kanzler Wirth.

Wie man ihm den Vorwurf des Rückganges gegenüber Bayern machen kann, ist uns unverständlich. Mit Verlangen allerdings, daß die Ausnahmegesetze wie gegen rechts auch gegen links zur Anwendung gelangen. Jedenfalls sollen nicht Parteien voll echten nationalen Empfindens verboten werden. Die Vorwürfe der Rechte gegen Erzberger müßten zu solchen Folgen führen, wie sie in dem Vorbe zum Ausdruck gekommen sind. Und wenn gegen den Herrn Reichskanzler jetzt schon ein ähnliches Treiben einsetzt, so wird dies, wenn nicht Einhalt geboten wird, zu ähnlichen Verhältnissen führen. Dr. Wirths Arbeit ist reine Pflichterfüllung, nicht das Verhalten der Deutschnationalen, die sich dem Augenblick, vom Überstehen der Gefühle leiten lassen ohne Blick für die Realitäten!

Wer es kann auch einmal der Augenblick kommen, wo auch unsere Schuld ein Ende hat! (Zusammenfassung.)

Abg. Thiel (D. Volksp.) nimmt den Ruf zur Sammlung auf, bedauert aber, daß die Ausschüssebestimmungen ihrer ganzen Tendenz nach sich gegen die Rechte gerichtet haben. Der Redner wendet sich lebhaft gegen die sozialdemokratische und kommunistische Presse und verliest zahlreiche Zitate aus diesen, die man als verächtlich bezeichnen müsse. Nur was zur Unterstützung schickt, wird gestattet, alles andere verboten! Warum verbietet man nicht die Demonstrationen, die sich gegen friedliche Versammlungen richten? Aber es wehren sich die Kräfte, wo die Straßen von Demonstranten besetzt und die friedlichen Bürger beim Verlassen der Versammlung lässlich angegriffen werden. Redner führt eine Reihe von Fällen an, in der die Verhöhnung der Arbeiter zu den wüste Szenen geführt habe, darunter den Fall in Bilmersdorf bei Vornau, und richtet namentlich gegen die sozialistischen Jugendorganisationen Vorwürfe, wendet sich dann gegen den Vorwurf einer Bewachung des Volkes durch die Landwirtschaft und bedauert, daß den Landwirten durch wilde Käufer überpreise gezahlt werden, die natürlich genommen werden. Die breite Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, zu erfahren, wie sich die

Freiwilligkeit bei der Landwirtschaft gestaltet. Die Regierung hat in jedem Falle die Pflicht, hier für Aufklärung des Volkes zu sorgen. Redner kommt dann auf die Unruhen der Kommunisten im Siegerland zu sprechen, durch die ein Schaden von circa 30 Millionen betraffte und die Erfüllung unserer Reparationspflichten gefährdet worden sei. Und wie könne man alle ehemaligen Angehörigen irgend eines Regiments blindlings mit den Erzberger-Mördern gleichstellen? Auch wir bekämpfen die Auswüchse, aber in den Zusammenschluß der alten Kameradschaftlichen Vereinigungen sehen wir eine Notwendigkeit. Der Redner polemisiert gegen den Abg. Scheidemann und den Reichskanzler. Er wie der Reichskanzler wollen zu einer Entspannung hinführen, glauben sie wirklich, daß der von ihnen eingeschlagene Weg zu diesem Ziele führt? Warum verteilte der Reichskanzler nicht gleichmäßig Licht und Schatten, warum mußte aus seiner Gedenkrede Herz Erzberger als Parteimann und nicht als Staatsmann herausgehoben? Wir glauben, daß die arbeitstüchtigen Volksgenossen sich alle auf dem Boden der Versöhnung zusammensuchen und jeder an seinem Teil am Wiederaufbau des Vaterlandes mitarbeiten können. Damit werden wir auch zur Überwindung der Gegensätze kommen. Schwinden aber muß der Kampf gegen das schwarz-weiß-rote Zeichen, das uns von Jugend an Herz gewachsen ist.

Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer

wißt nicht auf alle Einzelheiten des Vorredners eingehen, um so weniger, als diese Sache der Einzelregierungen ist. Zweifellos war unser öffentliches Leben zurzeit aufgewühlt, wir müssen uns aber darüber klar sein, daß alle diese Ereignisse eine Folge der unheiligen Tat von Griesbach geworden sind. Genau wie nach dem Rapp-Bauch zur Abwehr reaktionärer Bestrebungen alsbald eine gewaltige Linksbewegung einsetzte, war es auch hier der Fall. Nur Griesbach war die Veranlassung der Ausnahmebestimmungen. (Große Unruhe, Proteste rechts.) Die Unterstellung, als ob diese Bestimmungen sich gegen alle richten sollten, die nicht zur Regierungskoalition gehören, trifft nicht zu. Sie sollten sich nur gegen Elemente richten, welche die

Sicherheit der Republik gefährdeten, das sind die Grundsätze, die mich bei der unangenehmen Aufgabe, diese Bestimmungen durchzuführen, geleitet haben. Ich habe wirklich kein Vergnügen daran, die Gasetten zu zensieren, Sie, meine Herren von der Rechten, tragen die alleinige Schuld! (Lärm, Proteste.) Auch gegen die Linke wäre ich nötigenfalls eingeschritten. Obgleich habe ich auch Mütter der Linken verboten, das Verbot des Präsidenten richtete sich aber in Wirklichkeit gegen den Rechtskonservatismus, das wollen wir nicht vergessen. Ich begreife nicht, daß sich die Herren von der Rechten mit einem Rufe so über die Angriffe auf die Pressefreiheit aufregen! (Großer Lärm rechts, Präsident Nießer läßt den Platz vor der Tribüne räumen.) Ich selbst habe mich in dieser Angelegenheit ganz zurückgehalten und die ganze Sache dem Reichsausschuß überlassen. Dabei wurde davon ausgegangen, daß nicht ein einmaliger Verstoß, sondern nur die ganze Tendenz für das Verbot einer Zeitung maßgebend sein sollte. Auch die Linke mag bedenken, daß der Satz „Gleiches Recht für alle“ noch heute der Grundpfeiler der Regierung ist. Es ist bereits eine gewisse Entspannung eingetreten, das Verdienst daran nimmt die Regierung für sich in Anspruch, wäre sie nicht so verfahren, wäre es schlimmer gekommen.

Staatsminister a. D. Koch (Dem.) meint, die Leidenschaft müsse in dieser Zeit vor der Tür dieses Hauses haften. Der Kern liege darin, daß in dieser Zeit des schwersten Kampfes es Leute gebe, die den Entscheidungskampf zwischen rechts und links ausfechten wollten. Das sei der Gipfel des Mangels an Einsicht und Besonnenheit. Wir können keine Politik à la Don Quixote brauchen, wir brauchen nur eine Politik der Versöhnung, eine Politik der Mitte. Wir

berurteilen die Kugel, die Herrn Stresemann zugebracht war, genau wie die Tat von Griesbach. National sind wir alle, nicht aber nationalistisch. Über die Angelegenheit Weismann schreibt mythenreißerische Dummheit. Nur ist nichts davon bekannt, was ihn nach Bayern geschickt hat; solange ich Reichsminister war, ist das jedenfalls nicht geschehen. Hoffentlich wird das beweisen die Reichsgesetzliche Bildungserscheinungen in ihre Bahnen weisen. Landesregierungen dürfen aber auch keine Agitation gegen die Reichsregierung treiben. Wir können nur im Geiste der Versöhnung leben, möge aus dem Kabinett der Erfüllung ein Kabinett der Versöhnung werden. (Beifall.)

Abg. Beyerle (Bayer. Volksp.) bezieht sich auf die Abschlüsse einer unerfreulichen Krise stehen. Auch der Reichskanzler hätte vielleicht zum Teil klüger getan, die Kunst des Schweigens zu üben. Außerdem hätte sich aber der Rücktritt des Herrn v. Rohr vermeiden lassen. Der Redner widmete dem bisherigen bayerischen Ministerpräsidenten einen bewegten Nachruf. Dann sprach der Redner über den

Ausnahmestadium in Bayern, der nach den Tagen der Rätereipublik unentbehrlich gewesen wäre. Die bayerische Volkspartei stehe auf dem Boden der Weimarer Verfassung, sie wird aber energisch für die Achtung der Rechte der einzelnen Länder eintreten. Schließlich wandte sich der Redner gegen die deutschnationalen, die sich lediglich von Parteiinteressen leiten lassen. Dem deutschnationalen Antrag auf Aushebung der Verordnung des Reichspräsidenten stimmte der Redner zu.

Abg. Frau Jettin (Komm.) schilderte den Gegensatz in der Anschauung zwischen den Kommunisten und den Sozialisten. Auch die Kommunisten wollten die Republik schützen, aber nicht auf die Weise, wie es durch Ausnahmeverordnungen geschehe. Werthwärtig ist es, daß wir uns in diesem Kampf in der Gesellschaft der Herren Hergt und Genossen befinden, der Vertreter aller bisherigen Ausnahmegesetze. Die Rednerin verlangte Amnestie für Max Holz (große Unruhe im Hause), wendete sich aber gegen eine Amnestie für Kriegsverbrecher, gegen Erzberger-Mörder und deren Hintermänner.

Abg. Zwi (Komm. Arbeitgemeinschaft) erklärte, daß die Ermordung Erzbergers nur eine Fortsetzung der politischen Morde sei, die seit zwei Jahren an der Tagesordnung seien. Die Mörder Erzbergers gehörten jener Kultur an, die seit Ende des Krieges für unsere Gesellschaft befallend sei. Der Redner schloß mit dem Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats.

Der Präsident der braunschweigischen Staatsregierung, Minister Deter (der politisch linksradikal ist) erklärte, Braunschweig habe 24 Politiken entlassen müssen, die dem „Stahlhelm“ angehörten. Der „Stahlhelm“ mache sich an, die öffentliche Ordnung zu schützen. Das sei aber nicht die Aufgabe privater Organisationen. Trotz alledem, was man Braunschweig nachsage, ist festgesetzt, daß während der Revolution in Braunschweig, abgesehen von zwei Fällen, keine blutigen Todesfälle vorgekommen sind. Wir werden uns, so fuhr der Redner, zu der Rechten gewandt, fort, von Ihnen nicht zu einer Politik gegen die Arbeiterschaft treiben lassen.

Zwei Ordnungsenfe

Rochmals sprach für die Unabhängigen der Abg. Dr. Rosenfeld. In seinen Ausführungen gebrauchte er die Wendung „deutschnationale Kanakken“, was den Abg. Dr. Heßlerich veranlaßte, den Präsidenten zum Einschreiten aufzufordern. Darauf fiel von der Linken, wie sich später herausstellte, von dem Abg. Kubant, die Bemerkung: „Die deutschnationale Kanakke ist Heßlerich.“ Dieser Ruf veranlaßte den Abg. Hennig (Deutschn.) zurückzuführen: „Frecher Himmel.“ Nachdem dieser Sachverhalt festgestellt war und es sich ergeben hatte, daß der Abg. Dr. Rosenfeld mit den „deutschnationalen Kanakken“ nicht Mitglied des Hauses gemeint hatte, wurde von dem Vorfig führenden Vizpräsidenten Bell der Abg. Kubant und der Abg. Hennig zur Ordnung gerufen.

Abg. Graf Westphal (Deutschn.) wandte sich gegen den Reichskanzler, der die von den deutschnationalen verlangte Ehrenentlassung nicht gegeben habe, bekämpfte hierauf die Ausführungen der Abgeordneten Scheidemann und Dr. Rosenfeld. Die Behauptungen Scheidemanns, betreffend die Schuld der Rechten an der Ermordung Erzbergers, bezeichnete der Redner als eine wider besseres Wissen ausgebrochene Unwahrheit.

Diese Erklärung und die weiteren Ausführungen des Redners gaben zu lebhaften Unterbrechungen seitens der Linken Veranlassung.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Die Novemberrate der deutschen Zahlungen gestiegt.

Nach amtlicher Mitteilung haben die Verhandlungen der deutschen Regierungsvorrede mit dem Garantiekomitee über die von Deutschland am 15. November zu zahlende erste Quartalsrate der veränderlichen Jahres-

rate dazu geführt, daß das Komitee die deutschen Zahlungen über den Wert der Ausfuhr vorläufig anerkannt hat. Daß die seit dem 1. Mai 1921 bereits gemachten und bis Ende Oktober noch auszuführenden Sachleistungen berücksichtigt werden, so ergibt sich, daß die nächste Rate vom 15. November gedeckt ist, ohne daß es erforderlich wäre, zu dem Mittel neuer Darlehensabläufe zu greifen. Siedlungsarbeit in Oberbayer.

Auf dem 26. Bundesstag des Bundes Deutscher Bodenreformer in Breslau berichtete Ministerialrat Krüger vom Reichsarbeitsministerium über eine Siedlungsaktion für Oberbayer, die von der Reichsregierung und der preussischen Regierung gemeinsam in Angriff genommen werden soll. Die Schaffung von Landarbeiter- und Bauernstellen, die Vergrößerung kleinerer Betriebe und der Bau von Bergmannswohnungen sollen nach denselben Grundsätzen wie sonst im Reich mit besonderer Beschleunigung und mit besonderem Nachdruck in Angriff genommen werden.

Beschleunigte Entscheidung bei Zeitungsverboten.

Zu der Abänderung der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik hat der Verein deutscher Zeitungsverleger beim Reichsrat und Reichsminister des Innern beantragt, für eine beschleunigte Entscheidung des Reichsratsausschusses für Zeitungsverbote im Falle der Beschwerde über erfolgte Zeitungsverbote Sorge zu tragen, da bei längerer Hinausschiebung der Entscheidung das Rechtsmittel der Beschwerde mehr oder weniger wertlos werde.

Die Einfuhrkontrollen am Rhein.

Aus Koblenz wird gemeldet, daß der Kontrollorganismus, der vorgesehen ist, um die Ausgabe der Einfuhrzölle zu überwachen und der künftig vermeiden soll, daß Deutschland Unterschiede zwischen den Alliierten macht, bald zusammengeführt werden soll. Nächste werden in Koblenz Sachverständige zusammenziehen, um Einzelheiten bezüglich der Organisation dieser Überwachungskommission festzusetzen. Es wird eine Anzahl deutscher Vertreter antworfend sein.

Regierung und Presse.

Der neue bayerische Ministerpräsident Lerchenfeld hatte eine Unterredung mit Vertretern der deutschen Presse, um persönlich Fühlung mit ihnen zu nehmen. Graf Lerchenfeld bezeichnete das Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber der Öffentlichkeit als gemeinsamen Richtpunkt für Regierung und Presse. Nichts liege ihm ferner, als die Verschiedenheit der politischen Meinungen beschränken zu wollen, denn erst aus diesem Kampf der Meinungen ergebe sich das für das gemeinsame Vaterland Notwendige und Beste.

Gegen das Zudermonopol.

Ein Beschluß im Reichswirtschaftsrat.

Der Ausschuß des Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung beschloß sich mit der Frage der Einführung eines Zudermonopols. Die geladenen Sachverständigen der Zuckerindustrie machten auf die außerordentlichen technischen Schwierigkeiten aufmerksam. Der Ausschuß faßte einstimmig folgenden Beschluß:

Der Unterausschuß des Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung spricht sich einstimmig dahin aus, daß er die Einführung eines Zudermonopols zum Zwecke der Erhöhung der Staatseinnahmen nicht empfehlen kann. Einem Raffinerie-monopol steht die technische Schwierigkeit der Trennung von Raffinerien und Rohzuckerfabriken, einem völligen Herstellungsmonopol die Tatsache der unigen Verflechtung von Raffinerien und Industrie entgegen. Bei Beschränkung auf ein Handelsmonopol bieten die Lösung der Ausführfrage, die Konkurrenz auf dem Weltmarkt eine Fülle von Schwierigkeiten. Der bivaokantistische Betrieb einer Monopolverwaltung ist erfahrungsgemäß nicht nur sehr kostspielig, sondern auch aufwendig, wie dies zur Vermeidung großer Verluste durchaus erforderlich ist. Der Unterausschuß kann sich um so eher gegen die Einführung eines Zudermonopols aussprechen, als die letzte Zuckersteuer mit ihren geringen Erhebungssätzen sehr leicht durch Erhöhung des Steuerfußes zu einer besseren Einnahmequelle umgewandelt von einem kostspieligen Verwaltungsapparat ausgegliedert werden kann.

44] Das Tor des Lebens.

Roman von Anny Wothe.

Copyright 1910 by Anny Wothe, Leipzig.

Er hatte plötzlich die Gewißheit, daß die Frau da vor ihm alles wußte, daß es nichts mehr zu verbergen gab. Heinrich lächelte verächtlich.
„Es gibt glücklicherweise noch Mittel, Dich zu zwingen. Deine herzlose Handlungsweise, soweit es noch möglich ist, gutzumachen. Wenn es auch für Armele keine besondere Ehre ist, den Namen des Mannes zu tragen, der ihre Mutter ins frühe Grab brachte, so soll dem Kinde doch wenigstens sein Recht geschehen.“

Eido lachte höhnlich auf.
„Mache Dich doch nicht lächerlich mit Deinen phantastischen Plänen! Du bist ja gar nicht zurechnungsfähig!“

„Rehr als Du denkst! Aber ich bin nicht gekommen, darüber zu streiten, sondern Dir zu sagen, daß Rolf Vandener ein Dokument besitzt, aus dem klipp und klar hervorgeht, daß Du nicht nur der Verführer der Fränze Carsten und Vater ihres Kindes bist, sondern daß Du es auch warst, der sie damals zwang, ihrem Vater das Geld zu stehlen, damit Du es verbrauchst. Es steht aber noch weiter in dem Dokument die an Eidesstatt gegebene Aussage der Fränze Carsten, daß Du es warst, der das arme Weib, um Dich ihrer zu entledigen, in den Rhein stieß. Der Schiffer Bartens ist, wie Du ja selber weißt, Zeuge, daß es so gewesen ist. Er wird sich gewiß, wenn er Dir gegenübergestellt wird, erinnern, daß der fortlaufende Bube, nachdem er sich der Fränze entledigt, Deine Gestalt hatte und den Weg von diesem Hause aus genommen hat.“

„Schweige, Du Satansweib! Willst Du mich denn verrückt machen?“

„Nein, ich will Dir nur sagen, daß ich Dich jetzt kenne, und daß ich mich schäme, in tiefer Seele schäme, irgendwelche Gemeinschaft mit Dir zu haben! Du hast, wie immer, Glück, indem die Sterbende in letzter Stunde Rolf Vandener noch dat, Dich, ihren Verderber, zu schonen. Er wird auch meines- und der Kinder wegen davon abgehen, als Kläger gegen den einseitigen Freund vorzugeben, aber Deine Tat wird dadurch, daß Dich keine öffentliche Strafe trifft, nicht geringer. Sie scheidet uns für immer. Von heute ab trennen sich unsere Wege.“

„Oho, mein stolzes Schäflein,“ höhnte Eido, befreit auf-

atmend, daß nach Heinrichs Eröffnungen ihm gar keine Gefahr drohe — sie waren doch zu dumm, die beiden, Rolf und Heinrich — „Du weißt doch, daß unsere Kirche das Wort Scheidung nicht kennt!“

„Aber sie kann mich nicht zwingen, noch irgendeine Verbindung mit einem ehelosen, einem gemeinen Verbrecher aufrecht zu erhalten. Als Du damals in Deinen Jugendtagen das erste Mal vom Wege der Pflicht und Ehre abtriffest, da meinte ich, es sei meine Pflicht, Dich zu retten, Dich zu halten, Dich zu bessern! Mit Hinzunahme meines eigenen Selbst, meines ganzen Menschen, wurde ich Dein Weib! Nur Dir wollte ich helfen, Dich vom Abgrund zurückhalten, Dich auf den rechten Weg führen, und ich fürchte, daß Du so gemein, wie die arme Fränze, auch mich betrögt, immer und zu einer Zeit! Das Maß ist aber jetzt voll! Vom heutigen Tage an sage ich mich los von Dir! Die Kinder nehme ich mit mir, nie wirst und sollst Du sie wiedersehen, denn Du verdienst nicht, daß sie Dein sind!“

„Das könnte Dir wohl gefallen, mein Püppchen!“ lachte Eido, der immer mehr seine Sicherheit wiederfand, in dem befreienden Gefühl, daß Fränze tot war und nicht mehr reden konnte. „Das glaube ich, auf und davon, dem sauberen Herrn Doktor in die Arme, der all' das belastende Material gegen mich gesammelt hat! Wirklich ein edler Freund, der einem nicht nur die Ehre, sondern auch das Weib stiehlt.“

„Halt, kein Wort weiter! Wenn er damals nicht gewesen, dann wäre die Geschichte mit der Fridunia wohl anders für Dich ausgefallen, und Du hättest nicht Gelegenheit gehabt, umzukehren. Man hätte Dich schon damals zu den Toten geworfen. Vielleicht wäre es besser für Dich gewesen, wenn Dich die verdiente Strafe erreicht hätte. Du darfst Rolf Vandener nicht schmäheln, der Deinetwegen tausend Schmerzen litt und der Dir doch immer in jeder Notlage treu zur Seite stand. Deinetwegen wandte ich mich einst von ihm, Deinetwegen stieß ich das treueste und edelste Herz zurück, um schließlich einzusehen, daß ich einen Kieselstein für Gold getauscht!“

„Willst Du schließlich nicht Deine Freiheit so weit treiben, mir zu sagen, daß Du diesem gemeinen Kerl, der die Beweise, die mich vernichten, gegen mich gebrauchen will, liebst?“ versetzte Eido lächelnd und höhnisch zugleich, die vor Wut herderquellenden Augen fest auf Heinrich gerichtet.

„So ist es,“ gab Heinrich zurück. „Ich liebe ihn, tief und rein, ich liebe ihn über alle Maßen, und wenn ich auch nie ihn

besitzen werde, so soll dieses Bekenntnis hier vor Dir ein Dank für ihn, für seine Treue sein.“

„Und Du schämst Dich gar nicht, mir das alles ins Gesicht zu sagen?“

„Nein! Seitdem ich mich innerlich dort oben an dem stillen Totenlager ganz frei von Dir gemacht, soll mich nichts mehr hindern, Dir schonungslos den Spiegel vorzuhalten, damit Du selber endlich Deine häßliche Larve erkennst. Du hast mir einst mit heiligen Eiden gelobt, niemals hätte irgend ein Band Dich an das arme Mädchen, das sich so blindlings für Dich opferte, geknüpft. Du hast auch da gelogen, wie Du immer lögst. Du hast nicht nur Dein Kind verweigert, nachdem Du erkannt, daß ein Zufall es Dir ins Haus gebracht, sondern Du hast auch in Deinem brutalen Egoismus verlangt, das unglückliche Kind aus dem Hause zu weisen, aus dem Hause des Vaters, der Beste geben konnte, die weit seine Verhältnisse übersteigen, während das arme Weib mit dem Tode rang. Ich schaudere, wenn ich mir vorstelle, wohin Leichtsin und Genußsucht, in der Jugend nicht mit der Wurzel ausgerottet, führen können. Von Stufe zu Stufe bist Du gesunken. Durch eigene Schuld ist aus dem lebenswürdigen, leichtfertigen Jüngling, der nur den Schaum des Lebens schlürfen wollte, ein Verbrecher geworden!“

Nun hat sich des Lebens Tor, von dem mein guter Vater damals auf dem Stiftungsfest der Fridunia sprach, für immer vor Dir verschlossen.

Damals, ich empfinde es jetzt ganz deutlich, war schon Dein Treuschwur falsch. Damals konntest Du schon nicht reinen Herzens begeistert mit den Burschen singen:

„Halten will ich stets auf Ehre, Ets ein braver Burde sein!“

Damals schon hätte der blanke Schläger über Deinem Haupte Dich zerhmettern müssen!“

Einen Augenblick war es totentill im Zimmer.

Unter der Wucht von Heinrichs Anlagen war Eido hiltlos in dem Sessel zusammengesunken.

Warum rief sie auch den Tag herauf, den schwersten seines Lebens, an dem ihm beim „Landesvater“ erschreckend zum Bewußsein gekommen, daß er unweir geworden, das Ehrenzeichen der Fridunia zu tragen.

Er wollte sprechen, ihr etwas entgegnen, er konnte nicht. Wie schön und erst sie ihm dünkte in ihrer tiefen, leidvollen Entrüstung, ihrer Verweisung, ihrem Schmerz.

(Fortsetzung folgt.)

redtes Zeugnis dafür war, daß der Einzelhandel, die Vorteile des genossenschaftlichen Zusammenschlusses erkennend, bestrebt ist, durch Großverkauf die Versorgung der Bevölkerung in diesem Falle mit Lebens- und Genussmitteln großzügig und für den Verbraucher vorteilhaft zu gestalten.

Keine zwecklosen Eingaben! Aus den Kreisen der Beamenschaft sind beim Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten überaus zahlreiche Eingaben zum Ort-Klasseverzeichnis aus solchen Orten eingegangen, deren Beamtschaft mit der vorläufigen Einföhrung nicht einverstanden ist. Es wird darauf hingewiesen, daß die Regierungsvorlage dem Reichstag frühestens im November zugehen wird. Solange die Mitglieder des Ausschusses nicht im Besitze der Vorlage sind, können sie zu den Eingaben nicht Stellung nehmen. Alle schriftlichen und mündlichen Vorstellungen vor Eingang der Vorlage beim Reichstage sind daher zwecklos.

Bahnamtliche Rollgebühren. Infolge Steigerung der Fuhrunterhaltungskosten ist auch eine Erhöhung der bahnamtlichen Rollgebühren mit Gültigkeit vom 26. September d. J. ab in Kraft getreten. Es betragen künftig die Gebühren für die Abfuhr von der Bahn: a) für Güter bis 20 Kilo 5,50 M., von 21—50 Kilo 9 M., von 51—100 Kilo 12 M., für je weitere 50 Kilo 6 M.; b) für Frachtgut dementsprechend 4,50 M., 7 M., 9 M., 10 M. und 5 M. Die Sätze für die Anfuhr zur Bahn betragen: a) für Güter bis zu 20 Kilo 6,90 M., von 21—50 Kilo 11,20 M., von 51—100 Kilo 15 M., für je weitere 50 Kilo 6,90 M.; b) für Frachtgut dementsprechend 5,50 M., 9 M., 12 M., 5,50 M. Für Herrige Güter wird ein 50prozentiger Zuschlag berechnet. Die Lagergebühren betragen für 50 Kilo und 1 Monat 2 M., bei Herrigen Gütern 3 M.

Bereinigte Fürsorge für das Auslandsdeutschtum. Unter diesem Namen haben sich die größten deutschen Verbände und Vereine der Flüchtlingsfürsorge zusammenschlossen und führen mit Genehmigung und Unterstützung der Regierung eine Reichsammlung für die vertriebenen Auslandsdeutschen durch. In den beiden Vorjahren hat die Organisation unter dem Namen „Rückwandererhilfe“ 9 Millionen für die Flüchtlinge aufgebracht. Die Industrie und die Banken haben auch in diesem Jahr bereits nennenswerte Beträge zur Verfügung gestellt. Beiträge nehmen entgegen: Deutsche Bank, Disconto-Gesellschaft, Mitteldeutsche Creditbank. Konto: Bereinigte Fürsorge für das Auslandsdeutschtum.

Unterbringung von ober-schle-sischen Ferienkindern. Die ersten Transporte von ober-schle-sischen Kindern, die in der Hauptsache der ärmeren Bevölkerung und dem Mittelstande angehören, sind aus den gefährdeten Teilen Oberschlesiens vor ca. 1 Woche in Marsch gesetzt worden. Die Kinder sollen ihre

Ferien im Reiche verleben, um ihre angegriffene Gesundheit zu kräftigen. Der letzte Luftstand ist nicht ohne Einwirkung auf die Gesundheit der Kinder in Oberschlesien geblieben. Die Leitung der 10-tägigen Durchfuhrung der Unterbringung von ober-schle-sischen Ferienkindern in der Amtshauptmannschaft Reichen liegt in den Händen der Ortsgruppe Reichen heimatsreuer Oberschlesier. Der Transport von ober-schle-sischen Ferienkindern für den Freistaat Sachsen ist in ca. 8—14 Tagen zu erwarten und können noch Anträge, welche umgehend beim 1. Schriftführer, Herrn Bruno Meusel in Reichen, Hindenburgstraße 24, gestellt werden, noch berücksichtigt werden. In diesem Falle ist anzugeben, welches Geschlecht, Alter und evtl. Tagegeld gewünscht wird.

Die Not des deutschen Zeitungsgewerbes. Die „Eilenburger Zeitung“ hat mit dem 30. September ihr Erscheinen eingestellt. Ferner hat die in Greiz seit 21 Jahren bestehende, erst bürgerliche, dann sozialdemokratische, jetzt wieder bürgerliche „Tagespost“ mit Ende September aufgehört zu erscheinen.

Vom Reichsbuch zum Preis von 38 M. erscheinen. Bestellungen nehmen alle Postanstalten und bestellenden Boten entgegen.

Patent-Erfindungs-Schau. (Vom Patentbureau Krueger, Dresden-A. Auskünfte an die Leser kostenlos.) Albert Kobl, Mohorn: Scheiteltzylinder (Gm.). — Richter & Nordmeier, Deuben: Federung an Stampfmaschinen (Gm.). — Ernst Walther, Deuben: Vorrichtung zum Kochen von Wurst od. dergl. mit zwei ineinander beweglichen Kesseln, von denen der innere heraushebbar ist (ausgel. Pat.). — Ernst Wolf & Cie., Rabenau: Zerlegbarer Stuhl (Gm.).

Reichen. Die Anschaffung einer Automobilspitze für die Stadt zum Preise von ungefähr 200 000 M. wurde Donnerstag abend in der Stadtverordneten-sitzung nach einer umfangreichen Aussprache über den Punkt einstimmig beschlossen. — Beschlissen wurde weiter die Einleitung von Verhandlungen wegen der Einverleibung der Gemeinde Questenberg nach Reichen.

Dresden. Hier hat sich jetzt ein Syndikat gebildet, das den Umbau des früheren Ministerhotels an der Seestraße durchzuführen will. Der Bau soll noch in diesem Herbst begonnen werden, und zwar sollen etwa 500 Büroräume geschaffen werden. Das heute feststehende Projekt beanprucht einen Kostenaufwand von rund 100 Millionen Mark.

Großenhain. In der Nacht zum Sonnabend war in der sog. Braunstein-Mahlanlage der Chemischen Fabrik Prieschker & Frischling Feuer ausgebrochen. Mit unheimlicher Schnelle griff dies um sich, so daß in kurzer Zeit das ganze lange vierstöckige, ehemals Buchwaldische Fabrikgebäude von unten bis oben ein einziges Flammenmeer bildete, aus dem das Feuer

hoch emporloderte. Von dem großen Fabrikgebäude stehen nur noch die Umfassungsmauern. Alle vier Stockwerke sind ausgebrannt und alle Mahleinrichtungen, Maschinen usw. dem Feuer zum Opfer gefallen. Wie es heißt, soll der Brand durch Föhn-läufigkeit entstanden sein.

Witten. Die Grundsteuer wurde hier von 32 J im Vorjahre auf 1,70 M für die Einheit erhöht, das ist eine fünfjährige Erhöhung! Die Steuer soll nach dem Entwurfe rückwirkend ab 1. April 1921 gelten. Die Hausbesitzer haben den Stadtrat ersucht, die Steuer auch rückwirkend auf die Mieten umzulegen, da sie eine höhere Belastung aus eigenen Mitteln nicht zu tragen vermögen.

Aue. Im Rittergutswalde Klosterlein kam es zwischen dem Schmied Einer aus Alberoda und dessen 26 Jahre altem Sohne, die Stöcke rodeten, und dem dazugekommenen Förster Schiele zu Auseinandersetzungen; im Verlaufe des Streites erhielt der jüngere Einer einen Schuß in den rechten Oberschenkel und starb infolge Verblutung. Der Försterbeamte behauptet, daß der Schuß im Handgemenge ohne seinen Willen abgegangen sei, während der Vater des Getöteten behauptet, der Schuß wäre vom Förster abgegeben worden.

Leipzig. Durch einen Bruch eines starken Wasserrohres im Ostviertel der Stadt wurden die Straßen überschwemmt und das Pflaster aufgerissen. Die gewaltigen Wassermassen sperrten die Straßen, und fast im ganzen Ostviertel der Stadt verlagten in den Wohnungen die Wasserleitungen. Durch den großen Wasserverlust mußten viele Betriebe der städtischen Fabriken die Arbeit einstellen. — Die größte Kühlanlage in Europa besitzt die Stadt Leipzig in der Nähe des Hauptbahnhofes. Sie hat eine Höhe von 7 Stockwerken und umfaßt 24 Kühllöcher mit einer Fläche von 12 000 Quadratmetern. Die Kühllöcher besitzen zusammen ein Fassungsvermögen von rund 240 000 Zentnern. Das entspricht etwa der Ladefähigkeit von 1200 Eisenbahnwagen, und die Nahrungsmittelmengen würden mehrere Wochen ausreichen für die Bevölkerung von Mitteldeutschland. Der Wert der lagernden Waren beträgt meist einige Milliarden.

Woffener Produktendörse am 30. September.

Weizen, neu, 215—225. Roggen, neu, 177—180. Braugerste 228—240. Wintergerste 165—175. Hafer, neu, 163 bis 170. Weizenmehl 70% 350. Roggenmehl 75% 280. Roggenmehl 85% 245. Futtermehl II 150. Roggenkleie, inländische, 120—125. Weizenkleie, grob, 120—125. Malzbröten 170 bis 175. Malzschrot 185—190. Kartoffeln in Ladungen 47—50. Senf, neu, 55—60. Schüttstroh 20—25. Gedundstroh 15—17. Speisekartoffeln, neu, 48—51 bei 50 Kilogramm. — Frische Landeier 1 Stück 1,40—1,50 M. Frische Landbutter 1/2-Pfund-Stück 14,00—14,50 M.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange meines lieben Gatten, unseres guten Vaters, Schwiegers, Groß- und Urgroßvaters, des Herrn

Friedrich Ernst Knöbel

sagen wir allen lieben Freunden und Bekannten

unsern herzlichsten Dank.

Besonderen Dank den lieben Nachbarn für ihre Unterstützung in den so schweren Tagen. Herzlichen Dank auch den Militärvereinen Wilsdruff und Grumbach, besonders dem letzteren für die Musikbegleitung und die letzte Ehrenweisung am Grabe. Dank auch Herrn Pastor Donath für seine trostreichen Worte am Grabe und Herrn Kantor Göckeritz für den ehrenvollen Gesang.

Du aber, lieber Vater, „Ruhe sanft“ von Deinem arbeitsreichen Leben.

Grumbach, am 2. Oktober 1921.

Die trauernde Witwe u. Kinder.



Henko
Henkel's Wasch-Bleich-Soda
unverwundlich für Wäsche und Hausnutz
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Irw. Feuerwehr.
Dienstag punkt 6 Uhr Kommando-Sig. bei Pägold

Zu meinem morgen Dienstag den 4. Okt. stattfindenden

Kaffeekränzchen

lade ich alle Damen herzlichst ein.

Bertha Müller,
„Tonhake“.
ff. Kaffee und Kuchen.

J Kürbise
ä und
p Kunkelrüben
e treffen Mitte der
l Woche ein u. emp-
fiehlt billigst
Tharander Str.
Fernsprecher 548.
NB. Desgleichen ist
auch Pohlmehl
wieder eingetroffen.

Frisches
Schöpfensfleisch
empfiehlt
Richard Breitschneider.

Raupen-Leim
vorzüglich klebend
empfiehlt
Drogerie Paul Klebsch.
Sauberes

Hausmädchen
für kl. Haushalt (2 Pers.)
für sofort oder später in
angenehme Stellung gesucht.
Direktor Elb,
Dresden-Neugruna,
Hofmannstraße 41.

Möglichst für sofort zu-
verlässiges, sauberes
Mädchen
in kinderlosen Haushalt ge-
sucht. Vorzustell. Gold. Löwe.
Fr. Tierarzt Dr. Würtker
Wilsdruff.

Die Not unserer Kinder, wem greift die nicht ans Herz?

Wer mit offenen Augen durch die Straßen geht, den greift die ganze Not unseres Vaterlandes aus den abgemagerten, unterernährten Kindern der breiten Masse unseres Volkes entgegen. Und wer gelegentlich einmal die Schar junger Menschen an sich vorbeiziehen läßt, die nächste Eltern aus der Schule kommen und den Lebenskampf auf die eigenen Schultern übernehmen sollen, der verzweifelt an der Zukunft unseres Volkes, für die ein körperlich und geistlich starkes Geschlecht die Grundlage ist. Ein erschreckender Prozentsatz der Kinder ist unterernährt und trägt schwer an den Folgen des verlorenen Krieges. Den Ärmsten dieser Armen in finanzieller Hinsicht und körperlicher Beschaffenheit will die hiesige Ortsgruppe der Fechtschule helfen. Sie hat allein in diesem Jahre ohne die städtische Beihilfe weit über 6000 M für die Ferienkolonie aufgewandt und will nun als dauernde Einrichtung die Milchpflanze an der hiesigen Schule in großzügiger Weise wieder einführen. Von der großen Zahl unterernährter sollen vorerst 30 der Allerbedürftigsten 13 Wochen lang täglich Milch und Semmel erhalten; sie sollen nach der Zeit von anderen abgelöst werden. Aber dazu ist Geld nötig, viel Geld und Mitstreiter, an denen es der Fechtschule gebricht. Sie wendet sich deshalb im Vertrauen darauf, daß auch die Zeit trübseligen Egoismus die Nächstenliebe unserer Mitbürger noch nicht hat verdrängen können, mit der herzlichsten Bitte an alle:

Helft mit an dem Werke edler Nächstenliebe!
Spendet Geld zur Weiterführung desselben!
Werdet tätige Mitarbeiter!

Auch die geringste Gabe ist dankbar willkommen.
Fechtschule Wilsdruff.
Spenden nimmt Herr Stadtkassierer Buback jederzeit entgegen.

Seidenstoffe
Spez.: Braut- u. Hochzeitskleider
Julius Zschucke
Muster zu Diensten
Größtes Samt- u. Seiden-Lager in Sachsen
Seidene Händler
Dresden
An der Kreuzkirche 2

Suche schöne Wohnung in Wilsdruff. Gute für 4-Zimmerwohnung in Dresden. Zwischen mehreren Wähl. Angeb. mit Preis und Größe an
Saunstr. Schwiebus,
Dresden-A. 27,
Tharander Str. 61.

Achtung, Kranzbindereien
100 Karton Blumen billig zu verkaufen. Ein Karton enthält 500 bis 1000 Stk. u. kostet 50 M.
Blumensabrik Hesse,
Dresden, Scheff.-lstr. 12

Hund,
Rattler, schwarz u. weiß, Palz-
traufe, unkupiert, Sonntag
abhanden gekommen.
Wiederbringer od. wer Aufent-
halt nachweist, 50 Mark Be-
lohnung.
Merbig, Kaufbach.

Für Flechten-Kranke!
Knoten-, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch veraltete Leiden, heile ich unter Garantie, mit meinem vielbewährten **Flechtenheil** in 8—14 Tagen. Zahlreiche Dankschreiben. Eine Flasche genügt.
Preis 25 Mark.
F. Müller, Heilkundiger, Bremen,
Große Krummenstr. 23. Sprechstunden: 9—10 und 3—4 Uhr.

PATENT
Musterschutz
Warenzeichen
durch das Patentbüro Krueger
Dresden, Schloßstr. 21/Altmarkt
Seit 1901 bekannt u. geschützt. Auf
Antrag persönlich kontrolliert
VERWERTUNG

2 Arbeiter
stellt noch ein
Rid. Eckelt, Holzgeschl.

Drucksachen
liefert sauber und schnell
die Tageblattdruckerei.